



## PRESSEMITTEILUNG

### **Sozialunion konsequent aufbauen**

Ausbau und Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sollen stufenweise bis 2025 vorangetrieben werden. Das geht aus dem Bericht der fünf Präsidenten der europäischen Institutionen (EU-Kommission, Europäischer Rat, Eurogruppe, EZB und Europaparlament) hervor. Im Mittelpunkt verstärkter Integrationsbemühungen stehen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften, die Konsolidierung der nationalen Haushalte und die Vollendung der europäischen Bankenunion. Ein ehrgeiziges Ziel, doch der im Bericht der fünf Präsidenten vorgezeichnete Weg dorthin wirft viele Fragen auf, die von der Politik mit aller Deutlichkeit beantwortet werden müssen.

Keine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten der Arbeitnehmer

Für die LSAP steht fest: Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer vorangetrieben werden, letztere müssen angemessen am erwirtschafteten Mehrwert beteiligt werden. Die Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion muss mit einem konsequenten Aufbau einer Sozialunion einhergehen. Bei der Sanierung und Stabilisierung öffentlicher Haushalte muss mit Augenmaß gehandelt und Sozialabbau vermieden werden. Vieles deutet derzeit in eine andere Richtung. Mit den geplanten nationalen Wettbewerbsräten und dem am 21. Oktober 2015 von der EU-Kommission geschaffenen „Comité budgétaire européen consultatif“ sollen künftig neue unabhängige Expertengremien öffentliche Haushalte begutachten und Reformen in die Wege leiten, die zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU beitragen, während die Sozialunion weiterhin ein stiefmütterliches Dasein fristet.

Für den Erhalt des Index-Mechanismus

“Durch den verstärkten Rückgriff auf externe, unabhängige Finanz- und Wirtschaftsexperten schränkt die Politik ihren eigenen Handlungsspielraum zusehends ein“, befürchtet LSAP-Fraktionspräsident Alex Bodry und appelliert an die EU-Kommission, die soziale Union mit ebenso viel Nachdruck voranzutreiben wie die Stärkung des europäischen Binnenmarkts. Ähnlich sieht es auch LSAP-Generalsekretär Yves Cruchten, der hinter den haushalts- und wirtschaftspolitischen Integrationsbemühungen der EU-Institutionen einen Angriff auf die nationale Lohnentwicklung und Tarifautonomie vermutet. “Die LSAP wird sich auch weiterhin für den Erhalt des Index-Mechanismus einsetzen. Der Ausgleich des erlittenen Kaufkraftverlusts durch eine automatische Lohnanpassung ist ein wesentlicher Bestandteil Luxemburger Sozialpolitik, der für uns nicht zur Disposition steht“, betont Cruchten.

Mitgeteilt am 3.12.2015